

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adressen
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Nummernpreis
10 Pf.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 269.

Donnerstag, 20. November 1913, abends.

66. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pf., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf., bei Abholung am Schalter der hiesig. Postanstalten 1 Mark 65 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pf. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Kassegebühren für die Nummer des Ausgabebetages bis vormittag 9 Uhr ohne Gewähr. Preis für die Belegspalten 43 mm breite Korpuszeile 18 Pf. (Kolatzpreis 12 Pf.) Zeitraubeider und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Rotationsdruck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Erichur Sönnel in Riesa.

Es werden Schießschießen abgehalten

a., auf dem Schießplatz Gaidenhäuser: am 24., 25., 26., 27., 28. und 29. November d. J. in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.

b., auf dem Schießplatz Göhrlich (Artillerie-Schießplatz) nur nördlich des Wälsnitzer Weges: am 24., 25., 26., 27., 28. und 29. November d. J. in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.

Die Sperrung dieser Schießplätze und ihrer Gefahrenbereiche wird an jedem Schießtage so bewirkt, daß sie $\frac{1}{2}$ Stunde vor Beginn des Schießens durchgeföhrt ist.

Bei Schießen auf dem Schießplatz Göhrlich ist die Mühlberger-Straße gesperrt, der Wälsnitzer-Weg dagegen ist frei.

Die Wege des Platzes sind bei geöffneten Schlagbäumen und durch Hochklappen unsichtbar gemachten Warnungstafeln ohne Ausrüstung zu passieren.

Unter Hinweis auf die amtshauptmannschaftliche Bekanntmachung vom 23. Mai ds. Js. Nr. 379 d. D., abgedruckt in Nr. 118 des Riesauer Amtsblattes, wird dies mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Übertretungen nach § 366²⁰ bez. 368²⁰ des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft werden.

Die Ortspolizeibehörden werden veranlaßt, den Ortsinwohnern auf dem vorgeschriebenen Wege von gegenwärtiger Bekanntmachung Kenntnis zu geben.

Großenhain, am 18. November 1913.

665 f. D.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Freitag, den 21. November 1913, vorm. 10 Uhr
sollen in Riesa 100 Sad Zement gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Sammeln: Restaurant „Germania“.

Riesa, den 18. November 1913.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Freibant Merzdorf.

Morgen Freitag, den 21. November, nachmittags 2 Uhr, gelangt das Fleisch eines gutgenährten Kindes zum Verkauf. $\frac{1}{2}$ kg 30 Pf. Der Gemeindevorstand.

Freibant Glaubitz.

Morgen Freitag, sowie Sonnabend, von nachmittags 3 Uhr an, kommt fettes Rind- und Schweinefleisch, roh, Pfund 50 Pf., zum Verkauf. Der Gemeindevorstand.

Anzeigen für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens
vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabebetages.

Die Geschäftsstelle.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 20. November 1913.

—* Richtamtlicher Bericht über die Dienstag abend von 6 Uhr ab im Rathausaal abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten die Herren Stadto.-Vizevorst. Bernh. Müller und Herr Stadto. Otto Müller. Als Vertreter der Stadt wohnten Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Diegel der Sitzung bei; außerdem war Herr Ratsoffizier Dr. Reipnig anwesend.

1. Herr Stadto.-Vorst. Kommerzienrat Schönherr berichtet über die Sparkassenrechnung auf das Jahr 1912. Den von Herrn Sparkassenkassierer Reichbach gemachten Angaben über den Geschäftsvorkehr der Kasse in den letzten Jahren, die vom Vorsitzenden verlesen wurden, entnehmen wir folgendes: Die Einlegerzinsen betragen im Jahre 1910 11264000 Mark, 1911 11363000 Mark, 1912 12063000 Mark (in diesem Jahre hat sich die Erhöhung des Zinsfußes für Einlagen bemerkbar gemacht), und 1913 werden sie ungefähr 13000000 Mark betragen. Hieraus ergebe sich, so führte der Herr Vorsitzende aus, wie richtig es gewesen sei, daß der Einlegerzinsfuß erhöht worden ist. In letzter Zeit seien übrigens auch die Sparkassen der Großstädte zu einem höheren Zinsfuß übergegangen. Auch eine Zunahme der Kontenzahl ist erfolgt. Im Jahre 1910 wurden gezahlt 21859, 1911 21727, 1912 22364 Konten und im laufenden Jahre ist bis jetzt bereits wieder ein Zuwachs von 1000 Konten zu verzeichnen. Ein- und Rückzahlungen wurden 1910 31380, 1911 32750 und 1912 35300 vorgenommen und im Jahre 1913 werden es ungefähr 38000 sein. Der Umsatz der Sparkasse, einschließlich Hypotheken- und Lombardverlehen und Obligationen betrug 1910 6000000 Mark, 1911 7000000 Mark und Ende 1912 8320000 Mark, im laufenden Jahre wird er etwa 12000000 Mark betragen. An Hypotheken waren ausgeliehen 1910 10336000 Mark, 1911 10442000 Mark, 1912 11004000 Mark und 1913 voraussichtlich 11800000 Mark. An Zinsen für Hypotheken, Wertpapiere, Obligationen- und Pfanddarlehen wurden vereinnahmt 1910 484600 Mark, 1911 502300 Mark, 1912 515000 Mark und 1913 ungefähr 545000 Mark. Die Sparautomaten haben im ersten vollen Jahr 800 Einträge mit 3000 Mark Einlage gebracht. Herr Kassierer Reichbach bemerkt zum Schlusse, so erfreulich das Wachstum der Kasse sei, so müsse er doch darauf hinweisen, daß nur eine so schnell wie möglich vorzunehmende Vergrößerung und Modernisierung der Sparkasse einem Abfall von Kunden vorbeugen und die weitere Hebung der Kasse mit fördern helfen kann. Herr Stadto.-Vorst. Schönherr brachte sodann noch die Geschäftsübersicht der Sparkasse auf das Jahr 1912 zur Verlesung. Darnach beträgt der Reingewinn der Sparkasse im Jahre 1912 68862,71 Mark. Ein Drittel dieser Summe wird dem Reservefond zuzuführen und die anderen zwei Drittel in Höhe von 42575,14 Mark zu sächsischen Zwecken Verwendung finden. Die Sparkassenrechnung für 1911 ergab zur Verwendung für sächsische Zwecke einen Reingewinn von 58649,73 Mark, sodas die Sparkassenrechnung 1912 im Reingewinn gegen das Vorjahr ein Minus von rund 16000 Mark aufweist. Dieser Ausfall ist daraus zurückzuführen, daß 1912 der Einlegerzinsfuß um $\frac{1}{2}$ %, der Hypothekenzinsfuß aber nur um $\frac{1}{4}$ % erhöht

wurde, wodurch der Bruttogewinn der Sparkasse sich um $\frac{1}{4}$ % erniedrigte. Man müsse hoffen, so bemerkte Herr Stadto.-Vorst. Schönherr, daß die Geschäfte der Sparkasse auch weiterhin wachsen, um nach und nach einen Ausgleich herbeizuföhren. Die Rechnung wurde hierauf vom Kollegium einstimmig richtig gesprochen.

2. Der Sparkassenauschuss und Rat hatten beschlossen, von der Firma Wlogowski u. Co. in Berlin eine Schreibende Additionsmaschine „Varrouchs“ für die Sparkasse zu kaufen. Der Preis der Maschine stellt sich auf 3265 Mark, wozu noch 450 Mark für elektrischen Antrieb kommen. Es war zunächst in Aussicht genommen, die Bezahlung in der Weise vorzunehmen, daß 2500 Mark abzüglich 2 % Skonto im Januar 1914 und der Rest von 1215 Mark im Januar 1915 bezahlt werden sollten. Die Gesamtsumme von 3715 Mark sollte mit je einem Drittel auf die Haushaltspläne 1913, 1914 und 1915 verrechnet werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider machte jedoch den Vorschlag, die 3715 Mark abzüglich 2 % Skonto im Januar 1914 gleich ganz zu bezahlen und den Betrag auf einem neuerrichtenden Inventarkonto zu buchen und durch auf 5 Jahre verteilte Abschreibungen in Höhe von 20 % zu tilgen. Ueber die angusichende Additionsmaschine sind Auskünfte bei den Sparkassen in Frankenberg, Jwida, Auerbach und Döbeln eingeholt worden, die sämtlich günstig lauten. Das Kollegium stimmte der Anschaffung der Maschine und dem Vorschlage des Herrn Bürgermeisters einstimmig zu.

3. Infolge der Belegung der Kaserne 1/68 mit Fußartillerie und einer Bespannungsabteilung macht sich die Errichtung eines Wirtschaftsgebüdes in dieser Kaserne notwendig. Die Kosten hierfür sind auf 130000 Mark veranschlagt. Der Rat hatte zunächst mit Rücksicht darauf, daß das geplante Gebäde nur aus Anleihemitteln zu erstellen sein würde und diese nur schwer zu beschaffen sind, beschlossen, dem Reichsmilitärkassas zu empfehlen, das Gebäde selbst zu errichten. Daraufhin ist dem Räte von der Militär-Intendantur in Leipzig das Ersuchen zugegangen, mitzutheilen, unter welchen Bedingungen die Stadt Riesa geneigt sei, das Wirtschaftsgebüde zu errichten. Nunmehr hat der Garnisonauschuss beschlossen, das Gebäde aus sächsischen Mitteln zu erbauen, wenn der Reichsmilitärkassas sich zu einer Vergütung mit 6 % bereitfinde. Der Rat ist dem Beschlusse, den Bau aus sächsischen Mitteln vorzunehmen, beigetreten, stellt aber die Bedingung, daß der Reichskassas einen Mietzins von 6 $\frac{1}{2}$ % des Bauaufwandes gewährt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider führte hierzu aus, daß der Rat bezüglich der Bedingung der Vergütung noch etwas über den Vorschlag des Garnisonauschusses hinausgegangen sei, da es zurzeit ganz ausgeschlossen sei, eine Anleihe zu 4 $\frac{1}{2}$ % zu erhalten. Außerdem fordert ja die ministerielle Verordnung, die sich mit der Aufnahme von Anleihen durch die Gemeinden beschäftigt, als minimalsten Satz für Tilgung 1 $\frac{1}{2}$ %. Unsere Stadt aber habe es sich bei ihren Anleihen, um einer allzuartigen Verschuldung entgegenzuarbeiten, selbst zur Pflicht gemacht, den Tilgungssatz auf 1 $\frac{1}{2}$ % zu bemessen. 6 % seien also schon für Vergütung und Tilgung des Anleihkapitals erforderlich. In den letzten Jahren aber sei der Unterhaltungsaufwand für die Kasernen immer mehr gewachsen, da infolge der Steigerung der Löhne und Materialpreise die Unterhaltungsarbeiten immer teurer würden. Diese Position habe im

Haushaltsplan ganz besonders erhöht werden müssen. Für 1913 seien 7000 Mark für die 68 er, und 12000 Mark für die 32 er Kasernen eingestellt gewesen und wie er verraten könne, habe der letzte Betrag noch nicht ganz gereicht. Deshalb seien $\frac{1}{2}$ % auf den Unterhaltungsaufwand gerechnet nicht zu viel. Die Stadt habe ja dem Reichsmilitärkassas infolge der Heeresvergrößerung schon in anderer Beziehung Entgegenkommen bewiesen und man werde ihr deshalb nicht zumuten, daß sie beim Bau des Wirtschaftsgebüdes drauflege. Wenn die Stadt 6 $\frac{1}{2}$ % bekomme, dann habe sie nichts zu riskieren. In Verantwortung einer Anfrage des Herrn Stadto. Komberg führte Herr Bürgermeister Dr. Scheider dann noch aus, daß im Laufe der Jahre der Stadt die Mietzinsverträge aus den Kasernen schon in ziemlich erheblicher Weise geschmälert worden seien, sodas der Rat in Aussicht genommen habe, wegen einer Revision der Verträge vorstellig zu werden. Herr Stadto. Richter spricht sich dahin aus, daß das Gebäde vom Reichskassas selbst gebaut werden möchte. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß die Stadt bereits früher sich bereit erklärt habe, notwendig werdende Kasernerweiterungen gegen Vergütung des Aufwandes durch den Fiskus auszuführen. Wenn wir uns daher jetzt bereit erklären, das Wirtschaftsgebüde auszuführen, so handelten wir nur in Konsequenter Durchführung unserer bereits früher gezeigten Geneigtheit. Der Bau des Gebädes durch die Stadt sei auch deshalb wünschenswert, weil die Kaserne 1/68 der Stadt gehöre. Der Vortell, der der Stadt aus der Garnison erwachse, sei auch in Betracht zu ziehen, insbesondere sei der Bau unbedenklich, wenn wir eine angemessene Vergütung bekämen. Hierauf trat das Kollegium dem Ratsbeschlusse gegen 1 Stimme bei.

4. Der Militärkassas beabsichtigt an der Ecke Kasernen- und Schulstraße, sowie Ecke Kasernen- und Schloßstraße Unteroffiziers-Wohnhäuser zu errichten und der Rat hat beschlossen, ihm das hierzu erforderliche Areal unentgeltlich und anliegerfrei zu überlassen. Die Aufteilung des dort in Betracht kommenden Baublocks ist so erfolgt, daß der Stadt an der Schulstraße und Schloßstraße noch zwei Baustellen von je 28 Meter Tiefe verbleiben, außerdem wird auch an der Kasernenstraße zwischen dem vom Fiskus zu errichtenden Unteroffiziers-Wohnhäusern die Stadt noch über eine kleine Baustelle verfügen. Außer den beiden Gebädestellen ist dem Fiskus noch ein Streifen Areal zwischen den in sächsischem Besitz verbleibenden Baustellen übereignet worden. Herr Stadto. Hugo meint, die Stadt solle sich an diesem Streifen Areal das Eigentumsrecht vorbehalten, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß der Fiskus, wenn er einmal die beiden zu erbauenden Unteroffizierswohnhäuser verkaufen sollte, den Streifen abtrenne und gefordert verkaufe. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwidert, daß der Rat diese Frage auch schon erörtert habe, aber doch davon abgesehen sei, eine solche Bedingung zu stellen. Wenn der Fiskus die Häuser wirklich einmal verkaufen sollte, dann werde er kaum den Streifen Areal zwischen den sächsischen Baustellen abtrennen können, denn es würde dann für die Grundstücke ein zu kleiner Hofraum bleiben. Durch die getroffene Aufteilung des Baublocks habe die Stadt ganz normale Baustellen bekommen. Für die sächsische Baustelle an der Kasernenstraße werde zwar nur ein kleiner Hofraum verbleiben, die Baustellen an der Schul- und Schloßstraße